

**Auszug**  
aus dem Protokoll der  
Sitzung des Sozialausschusses  
vom 14.10.2025

**Top 5      AWO Ortsverein Wedel e.V. - Sozialberatung Jahresbericht 2024  
MV/2025/094**

Frau Holm stellt die Mitteilungsvorlage vor.

Die Grünen-Fraktion erkundigt sich zu Frau Holms Idee, eine juristische Rechtsberatung zu implementieren. Frau Holm betont die Notwendigkeit einer anwaltlichen Beratung in bestimmten Fällen, sieht die Hürden dafür jedoch als sehr hoch an und bezeichnet dies eher als ihren persönlichen Wunsch.

Weiter möchte die Fraktion wissen, wie viele Fälle aktuell möglicherweise eine gesetzliche Betreuung benötigen. Frau Holm schätzt, dass in etwa 4 bis 5 Fällen die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung sinnvoll wäre.

Die SPD-Fraktion bittet um eine ungefähre Angabe zur Zahl der abgewendeten Räumungsklagen. Frau Holm erklärt, dass diese Fälle sehr langwierig und schwer vergleichbar sind, da sie von der Höhe der Mietschulden, den jeweiligen Fristen und den Vermietern abhängen. Zudem seien manche Kund\*innen nicht mehr erreichbar, sodass das Ergebnis manchmal unbekannt bleibe. Die SPD-Fraktion wünscht sich für den nächsten Bericht konkrete Zahlen zur besseren Vergleichbarkeit.

Die Fraktion bittet außerdem um Informationen, in welchen Fällen an andere Stellen, wie die Migrationsberatung oder das Seniorenbüro, verwiesen wird. Frau Holm teilt mit, dass bei Fragen zur Herkunft oder zum Aufenthaltstitel an die Migrationsberatung verwiesen wird, während bei Anliegen rund um Pflege oder Rente das Seniorenbüro zuständig ist. Zwischen den Stellen herrscht ein enger Austausch.

Die CDU-Fraktion fragt, ob die Fälle der ehemaligen Freiwilligen Finanzberatung mittlerweile in der Sozialberatungsstelle bearbeitet werden. Frau Holm berichtet, dass einige Fälle weiterhin bei ihr sind und betreut werden.

Zudem möchte die CDU-Fraktion wissen, ob das Insolvenzverfahren Auswirkungen auf die Arbeit der Sozialberatungsstelle hat. Frau Holm sieht bisher keine Auswirkungen. Herr Palm ergänzt, dass Anfang des Jahres mit der Verwaltung vereinbart wurde, unbesetzte Stellen zunächst nicht neu zu besetzen, um Kosten für die Stadt zu minimieren. Mit dem derzeitigen Personal könne die Sozialberatungsstelle die anfallende Arbeit bewältigen.

Herr Kasper ergänzt, dass durch Einsparungen bei der Sozialberatungsstelle das Haushaltsskonsolidierungsziel der Villa erreicht werden konnte. Die Einsparungen belaufen sich auf etwa 70.000 €.

Fraktionsübergreifend wurde sich für die Arbeit bedankt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.